



NACHBARSCHAFTSFORUM
NIEDERAUSSEM

Nachbarschaftsforum
Niederaußem

18. Sitzung

Informationszentrum am Innovationszentrum Kohle
Werkstraße, 50129 Bergheim

21. Januar 2014

Protokoll der 18. Sitzung des Nachbarschaftsforums Niederaußem vom 21. Januar 2014

Teilnehmende: siehe Teilnehmerliste (**Anlage 01**)
Dauer: Dienstag, 21. Januar 2013, 14.00 Uhr – 17.00 Uhr
Leitung: Ralf Eggert, IFOK
Ort: Informationszentrum am Innovationszentrum Kohle
Werkstraße
50129 Bergheim

Protokoll: Timo Peters, IFOK

Anlagen zum Protokoll

Anlage 01 - Teilnehmerliste
TOP 2 Anlage 02 – Protokoll 17. NBF Niederaußem final
TOP 3 Anlage 03 – Bahnhof Niederaußem
TOP 3 Anlage 04 – Redebeitrag Herr Jütte und Kartenmaterial
TOP 3 Anlage 05 – Waldbestand auf dem Gebiet der Kreisstadt Bergheim
TOP 3 Anlage 06 – Touristische Karten für das Umfeld der Kreisstadt Bergheim
TOP 3 Anlage 07 – Industrieakzeptanz Initiative In|du|strie – Gemeinsam.Zukunft.Leben.
TOP 3 Anlage 08 – Dorfwerkstatt Auenheim + Sachstand Januar 2014
TOP 3 Anlage 09 – Erzeugungsdaten NIA und Rheinisches Revier
TOP 5 Anlage 10 – Pressemitteilung 18. NBF Niederaußem

Tagesordnung

TOP 1 Begrüßung und Tagesordnung

TOP 2 Protokoll der 17. Sitzung vom 8. Oktober 2013

TOP 3 Aktuelles

3.1 Aktueller Stand in den Genehmigungsverfahren und beim Rückbau

3.2 Situation am Bahnhof Niederaußem und die zum Schutz der Anwohner getroffenen Maßnahmen

Gast: Oliver Röggener, RWE Power

3.3 Entwicklung der Waldflächen im Stadtgebiet Bergheim

3.4 Vorstellung der Initiative In|du|strie - Gemeinsam.Zukunft.Leben.

Referent: Thorsten Zimmermann, IHK zu Köln

3.5 Aktuelle Themen der Teilnehmer

3.5.1 Aktuelle Situation in der Werkhaussiedlung Auenheim

Gast: Michael Hennemann, Leiter Liegenschaftsprojekte, RWE Power

3.5.2 Berichte über Boom der Braunkohlestromproduktion

3.5.3 EEG-Umlage

TOP 4 Tagebaue im rheinischen Revier: Ablauf von Genehmigungsverfahren und Öffentlichkeitsbeteiligung

Referent: Dr. Harald Marx, Leiter Tagebauplanung und -genehmigung, RWE Power

TOP 5 Weiteres Vorgehen

TOP 1 Begrüßung und Tagesordnung

Der Moderator Ralf Eggert begrüßt die Teilnehmer der achtzehnten Sitzung des Nachbarschaftsforums Niederaußem sowie die Gäste: Herrn Jörg Kerlen, Herrn Oliver Röggener und Herrn Michael Hennemann (alle RWE Power), Herrn Hans Stenzel und Herrn Walter Winkelius (beide Big Ben), Herrn Thorsten Heerz vom Rhein-Erft-Kreis sowie Frau Claudia Betzing von der IHK Köln.

Als heutigen Referenten begrüßt er Herrn Dr. Harald Marx von RWE Power.

Anschließend stellt Herr Eggert die Tagesordnung vor. Unter TOP 3.5 „Aktuelle Themen der Teilnehmer“ werden zwei weitere Tagesordnungspunkte aufgenommen:

3.5.2 Berichte über Braunkohlestromproduktion in 2013

3.5.3 EEG-Umlage

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung angenommen.

TOP 2 Protokoll der 17. Sitzung, 8. Oktober 2013

Das Protokoll wird ohne Änderungen beschlossen und auf der Webseite des Nachbarschaftsforums veröffentlicht (**Anlage 02**).

Ergänzende Informationen zum Protokoll

Auf Bitten einzelner Forumsteilnehmer nähere Informationen über die Energiesynode zu erhalten, hat IFOK nachgefragt: Die Regionalsynode ist ein Zusammenschluss von fünf Kirchenkreis-Synoden, Aachen, Jülich, Gladbach-Neuss, Köln-Nord und Krefeld. Eine Kreissynode bestehe aus 80 – 100 Vertretern aus den evangelischen Kirchengemeinden. Dabei seien die Laien immer in der Mehrheit. In der Regionalsynode werden die fünf KK-Synoden jeweils von drei Vertretern und den jeweiligen Superintendenten repräsentiert. Bei der Energiesynode sei das Ziel, Mittel und Wege zu finden, wie die ökologische Belastung der Schöpfung u.a. durch den CO₂-Ausstoß entscheidend verringert werden könne und was die Kirchengemeinden für die Minderung von CO₂ tun könnten. Konkrete Ideen und Projekte seien z.B. die Nutzung von Naturstrom, Energieeinsparmaßnahmen, die Abkehr vom Ölverbrauch und von der Nutzung von Nachspeicherungen, die Dämmung von Kirchengebäuden, technische Kontrollen sowie BHKWs, Erdwärme, Photovoltaik usw. stärker zu nutzen.

TOP 3 Aktuelles

TOP 3.1 Aktueller Stand in den Genehmigungsverfahren und beim Rückbau

Zum aktuellen Stand im Genehmigungsverfahren berichtet Herr Dr. Schiffer. Zur **Änderung des Regionalplans** auf dem Gebiet der Kreisstadt Bergheim von Anfang Juli 2013 seien von Seiten der Landesregierung NRW keine Einwendungen erhoben worden. Daher sei durch die Landesregierung NRW am 18. Oktober 2013 die Änderung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes bekannt gemacht worden, womit die Änderung des Regionalplans nun wirksam sei. Eine Klage gegen die Regionalplanänderung habe es nicht gegeben.

Unter der Federführung der Kreisstadt Bergheim seien alle erforderlichen Planungsunterlagen und Fachbeiträge zur **kommunalen Bauleitplanung** fertiggestellt worden. Die Planungsunterlagen und Fachbeiträge berücksichtigten die Ergebnisse aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der Verbände und der Fachbehörden und die zusätzlichen Erkenntnisse aus der Erhebung der Umweltsituation auf und im Umfeld des Standortes sowie in den benachbarten Stadtteilen. Diese Erhebungen beinhalteten Kartierungen, Begehungen, Messungen und Prospektionen unterschiedlichster Immissionen und Sachverhalte sowie Empfehlungen und Vorgaben aus weiteren Beratungen mit Fachbehörden auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene. Die Planungsunterlagen und Fachbeiträge erfüllten demnach alle bau- und planungsrechtlichen Vorgaben. Sie umfassten die Planzeichnung, die Begründung, Festsetzungen, Umweltbericht und Fachbeiträge.

Momentan sei geplant, dass sich am 6. Februar 2014 der Ausschuss für Planung und Umwelt der Kreisstadt Bergheim mit den Unterlagen beschäftige. Der Ausschuss könne in seiner Sitzung den **nächsten Verfahrensschritt** einleiten. Die **Offenlage und die Trägerbeteiligung** könnten ab Ende Februar beginnen und bis Ende März abgeschlossen werden. Im Rahmen der Offenlage könnten sich die Öffentlichkeit und die Verbände informieren und beteiligen. Die entsprechenden Verfahrensunterlagen würden zur Einsicht der Bürger an öffentlichen Stellen ausgelegt sowie auch im Internet auf der Webseite der Kreisstadt Bergheim bereitgestellt.

Anschließend werde die Kreisstadt alle Einwendungen aus der Offenlage und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange erfassen, bewerten, abwägen und deren Ergebnisse – sofern erforderlich – bei der finalen Erstellung der Verfahrensunterlagen und Fachbeiträge berücksichtigen.

Ab Mitte 2014 könnten dann weitere Entscheidungen wie z.B. der Satzungsbeschluss durch die Gremien der Kreisstadt erfolgen. Über den Verfahrensforgang sowie über die Terminierung der weiteren Schritte werde die Kreisstadt Bergheim über Bekanntmachungen in der örtlichen Presse und auf der Webseite der Kreisstadt informieren. Die Mitglieder des Nachbarschaftsforums werden zeitnah über die zur Verfügung stehenden Informationsmöglichkeiten informiert. Um ein zusätzliches Informationsangebot zu bieten, führe RWE an jedem zweiten Mittwoch im Monat eine **Bürgersprechstunde** im

Informationszentrum Kraftwerk Niederaußem durch. Hierzu seien alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.

RWE plane, erst nach Abschluss der kommunalen Bauleitplanung mit den technischen Genehmigungsverfahren, insbesondere nach **Bundes-Immissionsschutzgesetz**, zu beginnen.

Auf Nachfrage betont Herr Dr. Schiffer, dass RWE eine finale Bauentscheidung erst treffen werde, wenn alle Genehmigungen rechtssicher vorlägen. Zudem versichert er, dass im Zuge der Modernisierung keine neuen Förderbänder in den Standort hinein installiert werden müssten. Man müsse lediglich die bestehenden Bandanlagen im Kraftwerk ergänzen und verlängern, um die Bekohlung der neuen Anlage sicherzustellen. Die Kohlenanlieferung erfolge ausschließlich über die Bandanlagen und nicht per Zug.

Rückbau

Im Rahmen des Regionalplanverfahrens für das Kraftwerksprojekt BoAplus habe RWE zugesagt, bis Ende 2013 strategische Komponenten wie z.B. die Dampfturbinen, die Kondensatoren oder die Stromgeneratoren der 150 MW-Blöcke (in Niederaußem die Blöcke A und B) rückzubauen. Dies sei erfolgt und man habe diesen Schritt den Bezirksregierungen Köln und Düsseldorf (für den Standort Frimmersdorf) am 02.01.2014 schriftlich mitgeteilt.

TOP 3.2 Situation am Bahnhof Niederaußem

Seit sich das Nachbarschaftsforum im Jahr 2012 erstmals mit dem Thema Bahnlärm im Bahnhof Niederaußem beschäftigt hat, hat RWE Maßnahmen zur Lärmreduzierung umgesetzt. Herr Röggener stellt dem Forum die betrieblichen und organisatorischen Immissionsschutzmaßnahmen vor (**Anlage 03**).

Man habe vereinbart, dass ein **Rangierbetrieb** zwischen 22 und 6 Uhr nicht stattfinden, es sei denn betriebliche Abläufe machten dies notwendig. Weiterhin sollten keine Züge zwischen 22 und 6 Uhr zusammengestellt werden, außer betriebliche Abläufe machten dies notwendig. Diese Rangierzeiten gelten auch für den Transport von Kalk.

Um die Mitarbeiter für einen geräuscharmen Umgang beim **Zusammenstellen der Züge** zu sensibilisieren, habe RWE in den vergangenen Monaten alle Mitarbeiter geschult. Zudem habe man durch Beobachtungen der Betriebsabläufe vor Ort diese verbessern können und die Maßnahmen an die Mitarbeiter weitergegeben. Das Kuppelspiel zwischen den Puffertellern solle z.B. möglichst klein gehalten werden, um Stoßgeräusche zu vermeiden.

Im Bahnhof gelte zudem eine **Rangiergeschwindigkeit** von 25 km/h. Die Einhaltung werde regelmäßig überwacht. Bei Hinweisen bzw. Verdachtsfällen werden zur Prüfung die Fahrtenschreiber ausgewertet. Alle Verdachtsmomente aus den vergangenen Monaten hätten sich dabei als irrtümlich her-

ausgestellt. Man habe nun einen guten Kompromiss gefunden. Der Forderung nach einer weiteren Reduzierung könne man jedoch nicht nachkommen, betont Herr Röggener.

Über **Instandsetzungsmaßnahmen** würden die Anwohner zunächst frühzeitig informiert und die Arbeitsabläufe würden so geplant, dass keine Arbeiten an Sonn- und Feiertagen stattfinden. Allerdings seien die meisten Instandsetzungsmaßnahmen nur im Sommer durchführbar, so dass es in diesen Monaten zu einer erhöhten Belastung kommen könne.

Das **Einfahrtsignal** stehe fortan dauerhaft auf Fahrt, damit Anfahrten vor allem in der vorhandenen Steigung mit hoher Last vermieden werden. Diese seien in der Vergangenheit sehr lärmintensiv gewesen und würden durch die Maßnahme nun verringert.

Die Rangier- und Schwerlastlokomotiven sowie die Schwerlastwagen im Besitz von RWE Power seien zusätzlich mit sog. **Flüsterbremsen** ausgestattet worden. Dieser Standard gehe über den Standard der Deutschen Bahn hinaus. Auf deren Ausstattung habe man jedoch keinen Einfluss.

Um die **Staubimmissionen** zu reduzieren, kämen geschlossene Waggons beim Transport von Braunkohlestaub, Koks und anderen Veredelungsprodukten zum Einsatz. Wenn offene Waggons benutzt werden müssten, würden diese mit Wasser benetzt, um die Immissionen zu reduzieren. Herr Röggener ergänzt, dass durch den Fahr- und Rangierbetrieb selbst keine Staubimmissionen entstünden.

Die Landeseisenbahngesellschaft NRW habe bestätigt, dass das **Gleisbett** dem aktuellen Stand der Technik entspreche

Um festzustellen, ob **Erschütterungen durch den Bahnbetrieb** zu Schäden an den Gebäuden am Fliederweg geführt hätten, sei ein Gutachten an Herrn Dr. Meidow vom SeismoGeologischen Büro in Köln vergeben worden. Dieser habe über drei Wochen die Erschütterungen gemessen. Seine Messungen hätten ergeben, dass die durch den Eisenbahnbetrieb verursachten Schwingungen deutlich unterhalb der zulässigen Grenzwerte lägen. Daher sei ein Einfluss auf die Gebäude nicht zu erwarten. Dies habe ein weiteres Gutachten von Herrn Koopmann aus Köln ebenfalls festgestellt.

Zur **Begutachtung der Lärmsituation** habe die Bezirksregierung Arnsberg zwischen Ende April und Mitte Mai 2012 die entsprechenden Emissionen gemessen. Die Ergebnisse lägen unter den Grenzwerten der 16. BImSchV .

Abschließend stellt Herr Röggener fest, dass der Betrieb die Auflagen erfülle und deutlich innerhalb der Genehmigungssituation liege. Sollten Belästigungen auftreten, verweist Herr Röggener auf das Bürgertelefon unter 02271/751-49999. Hier könne man alle Beschwerden adressieren. Um die Fälle nachvollziehen zu können, bittet Herr Röggener um möglichst genaue Angaben der Uhrzeit und der Lärmquelle. Man versuche, die betrieblichen und organisatorischen Maßnahmen stetig zu verbessern, und entsprechende Hinweise seien dabei sehr wertvoll. Jeder Anrufer bekomme auch eine Rückmeldung zu seinem Anliegen.

Zusammenfassung der Diskussion

Dass sich die Lärmsituation im Bahnhof verbessert habe, wird auch aus dem Nachbarschaftsforum heraus bestätigt. Beschwerden kämen nur noch von einer Familie. Auf die Frage, ob man das damals

angekündigte Treffen mit den Anwohnern noch durchführen wolle, antwortet Herr Röggener, dass die Einzelthemen abgearbeitet worden seien. Wenn es noch Gesprächsbedarf von Seiten der Anwohner gebe, sei man hierzu bereit. Mit der betreffenden Familie stehe man im regelmäßigen Austausch.

TOP 3.3 Entwicklung der Waldflächen im Stadtgebiet Bergheim

In den vergangenen Forumssitzungen wurde deutlich, dass die Entwicklung der Waldflächen im Stadtgebiet Bergheim von verschiedenen Teilnehmern des Forums unterschiedlich wahrgenommen wurde. Um die unterschiedlichen Positionen darzulegen, stellt zunächst Herr Jütte seine Sichtweise dar. Die Grundlage seines Vortrags bilden mehrere Karten (**Anlage 04**). Die Karte „Die Entwicklung des Waldes im Kreise Bergheim“ zeige, dass die Waldflächen in den vergangenen 200 Jahren stetig abgenommen habe. Diese Entwicklung sei zunächst durch die Abholzung im Zuge der Ausweitung landwirtschaftlicher Nutzflächen und ab Ende des 19. Jahrhunderts durch den Braunkohletagebau in den Gruben Fischbach, Beissel und Fortuna gefördert worden. Herr Jütte zitiert Herrn Dr. Hans Köhler aus dem Buch „Der Landkreis Bergheim“ (1954): „Die Abnahme der Waldflächen in den letzten Jahrzehnten geht im Wesentlichen auf Kosten der um sich greifenden Tagebaue auf der Ville, die große Teile des dortigen alten Waldbestandes aufgezehrt haben und weiter bedrohen.“

Nach der Beendigung des Tagesbaus seien die Flächen auf der Fischbachhöhe und auf der Glessemer Höhe nicht wiederaufgeforstet, sondern als Ackerflächen weiterverwendet worden. An Stellen, wo die Flächen wiederaufgeforstet worden seien, lägen diese nun an Steilhängen. Im Tagebau Fortuna bestehe der ehemalige Bethlehmer Wald heute nur noch aus vielen Teilstücken.

Herr Jütte resümiert, dass u.a. der Tagebau in Bergheim zu einem Rückgang der Waldflächen geführt habe. Das sehe auch die Stadt Bergheim so, die in einer Mitteilung an den Ausschuss für Umwelt und Verkehr am 01. Januar 2003 erklärt habe, dass die ursprünglichen Waldflächen von 1.671 ha im Jahre 1848 bzw. 17,3% des Stadtgebiets auf rund 1.283 bzw. 13% der Gesamtfläche größtenteils durch den Braunkohletagebau abgenommen habe. Damit lege Bergheim mit rund 13% Waldanteil unter dem Walddurchschnitt von NRW von 26%. Der Wunsch nach mehr Waldflächen sei von den Bürgerinnen und Bürgern in einer Zukunftswerkstatt in Paffendorf im Jahr 2000 und in einer Unterschriftenaktion im Jahr 2004 deutlich zum Ausdruck gekommen.

Zum Abschluss fordert Herr Jütte daher, dass RWE die 100 ha Fläche im ehemaligen Tagebau Bergheim statt zur Landwirtschaft zukünftig zur Wiederaufforstung nutzen solle.

Anschließend stellt Herr Dr. Schiffer zunächst anhand der von der Kreisstadt zur Verfügung gestellten Daten den Waldbestand auf dem Gebiet der Kreisstadt Bergheim dar (**Anlage 05**). Die Daten der Kreisstadt zeigen, dass in Bergheim rund 1.300 ha Wald vorhanden sind. Durch die Rekultivierung der Tagebau Bergheim und Fortuna-Garsdorf konnte der Anteil der Waldfläche gesteigert werden. Da jedoch keine weiteren Rekultivierungen in Form von Aufforstungen in nähere Zukunft geplant seien, seien in den kommenden Jahren keine weiteren Zugewinne zu erwarten, zumal die Rekultivierung in der nächsten Zeit von ökologisch anspruchsvollen Flächen wie artenreicher Grünlandflächen vorsehe. RWE habe zwischen 1923 und 2013 rund 550 ha hauptsächlich im Bereiche der Tagebaue Fortuna und Bergheim aufgeforstet. Die Stadt Bergheim habe zusätzlich 36 ha Waldfläche aufgeforstet.

tet und durch Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Kraftwerk Niederaußem habe RWE bisher rund 10 ha aufgeforstet. Damit ergebe sich eine Aufforstung von rund 600 ha. Der ehemalige Bethlehmer Wald habe im Vergleich dazu damals eine Fläche von rund 230 ha gehabt.

Die von Herrn Jütte angesprochenen 100 ha Tagebaufäche wolle RWE weiterhin landwirtschaftlich nutzen. Momentan würden die Flächen für Kurzumtriebsplantagen zur Herstellung von Holzhack-schnitzel, Johannisbeeren, Luzernen und sonstige Grünflächen genutzt. Sie dienten als Ersatzflächen für die Landwirtschaft.

Zusammenfassung der Diskussion

Aus dem Forum werden die Zahlen von Herrn Jütte und von Herrn Dr. Schiffer bestätigt. Allerdings gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie die seitens RWE von der Kreisstadt Bergheim erworbenen 100 ha Land, genutzt werden sollen.

Einige Teilnehmer unterstützen die Idee, dass die Fläche als Erholungsgebiet genutzt werden sollte und eine Aufforstung eine Möglichkeit sei, um die entstandenen Einschnitte durch den Tagebau, Strommasten und Kraftwerksbauten auszugleichen. Momentan würden auf der Fläche Monokulturen angebaut und die angepflanzten Bäume seien noch sehr klein.

Andere Teilnehmer sehen den Bedarf für mehr Ackerflächen im Stadtgebiet. Vor dem Hintergrund der guten Qualität der Böden müssten die Flächen für die Landwirtschaft bereitgehalten werden, zumal viele Landwirte durch die Tagebaue ebenfalls belasten worden seien und ein Anrecht auf Ausgleich hätten.

Eine dritte Gruppe sieht bestätigt, dass die Waldflächen nicht abgenommen hätten. Man habe in der Stadt in der Vergangenheit immer versucht, die Naherholung zu stärken und die Waldflächen wiederherzustellen.

Abschließend verspricht Herr Dr. Schiffer, die vorgebrachten Ideen weiterzuleiten.

Rad-Wanderkarte

In einer vergangenen Sitzung kam im Forum der Wunsch nach einer aktuellen Rad-Wander-Karte der Region um das Kraftwerk auf und die Frage, ob RWE eine solche Karte bereitstellen könne. Herr Dr. Schiffer stellt das Konzept, bestehend aus drei Elementen, vor (**Anlage 06**). Es sei geplant, dass man die bestehende Broschüre „Straße der Energie“ neu auflege, die Radwanderkarte des Rhein-Erft-Tourismus aktualisiere und die Internetanwendung „RadRegion Rheinland“ entsprechend anpasse. Diese Idee findet die Zustimmung des Forums.

TOP 3.4 Vorstellung der Initiative In|du|strie – Gemeinsam.Zukunft.Leben.

Die Initiative „In|du|strie – Gemeinsam.Zukunft.Leben.“ stellen Thorsten Zimmermann und Claudia Betzing von der IHK Köln vor (Anlage 07). Die Initiative wurde am 10. September 2013 von rund 70 Unternehmen aus der IHK-Region in Bergisch-Gladbach gegründet. Ziel sei es, zur Verbesserung der Akzeptanz der Industrie in der Region beizutragen, die Industrie sichtbarer zu machen und entsprechend zu präsentieren. Die Industrie habe eine bedeutende Stellung für die Wirtschaftsregion Köln.

Gemessen am Umsatz sei die Wirtschaftsregion Köln die viertgrößte Industrieregion Deutschlands. In der gesamten Region gebe es 4.600 Unternehmen. 130.000 Beschäftigte seien direkt und weitere 100.000 Beschäftigte indirekt mit der Industrie verbunden. Damit hänge jeder vierte Arbeitsplatz von der Industrie ab.

Der Grund für die Kampagne sei gewesen, dass das Bild der Industrie in der Öffentlichkeit oftmals von wenigen Industriegegnern dominiert werde. Die Akzeptanzkampagne solle zeigen, dass Wertschöpfung und Wertschätzung zusammengehörten. Industrie solle wieder positiver besetzt werden. Bedingung dafür sei der nun erfolgte Schulterschluss der Unternehmen in der Region, um über Dialog mit Mitarbeitern, Nachbarn und Öffentlichkeit für stärkere Transparenz zu sorgen. Nur aus dem Engagement vor Ort erwachse die Erkenntnis, welche Rolle die Industrie in der Region habe. Die IHK unterstütze die Unternehmen bei der Umsetzung. Allerdings müsse jedes Unternehmen vor Ort das Engagement selbst umsetzen.

Über Dialoge wolle man über die Industrie ins Gespräch kommen und sympathische Nähe herstellen. Dem seien viele bereits sehr unterschiedliche Unternehmen aus dem Rhein-Erft-Kreis gefolgt. Auf der Webseite der IHK Köln könne man die Aktivitäten verfolgen: <http://www.ihk-koeln.de>, Dokumentennummer: 70558

TOP 3.5 Aktuelle Themen der Teilnehmer

TOP 3.5.1 Aktuelle Situation in der Werkhaussiedlung Auenheim

Nachdem sich das Forum in der vergangenen Sitzung entschieden hat, weiter über die Situation in der Werkhaussiedlung informiert zu werden, stellt Herr Michael Hennemann aus der Liegenschaftsabteilung von RWE Power die momentanen Planungen vor (Anlage 08). Die Planungen betreffen die GSG-Siedlung am Forellenweg/Lourther Weg und die ehemalige Rheinbraun-Siedlung an der Auenheimer-/ Garsdorfer Straße, die RWE Power gehöre. Der Grund für die Maßnahmen sei, dass in den beiden Siedlungen eher einfach ausgestattete Wohnobjekte lägen. Da diese aus den 1950er Jahren stammten, bedürften diese Wohnungen einer grundlegenden Sanierung. Viele Häuser nutzten z.B. Kohleöfen zum Heizen. Die Grundrissgestaltung der einzelnen Wohnungen entspräche nicht mehr den heutigen Anforderungen. Aus zwei Gründen komme eine Sanierung der Häuser nicht in Betracht: Erstens gebe es keine Nachfrage nach erhöhter Wohnqualität in Auenheim angesichts der Lage in unmittelbarer Industrienähe und abseits der nächsten Nahversorgung. Dieser Mietermarkt führe dazu, dass die Rentabilität der Maßnahmen nicht gewährleistet sei. Zum zweiten führe im Fall der Rheinbraun-Siedlung eine höherwertige Wohnungsqualität automatisch auch zu höheren Ansprüchen an das Wohnumfeld, was in Anbetracht der benachbarten Industrieanlagen nicht gewährleistet werden könne. Da höherwertiges Wohnen unmittelbar am Werkszaun von RWE Power somit nicht gewünscht sei, scheidet auch ein Verkauf der Häuser zum Markt- oder symbolischen Preis von einem Euro aus. Daher habe man sich entschlossen die vorgenannten Objekte in einem dreijährigen Entmietungsprozess frei zu ziehen. In diesem Zeitraum werden leerstehende Wohnungen nicht erneut vermietet. Modernisierungen unterblieben ebenfalls. Im Laufe dieses Prozesses unterstütze man die Bewohner bei

der Wohnungssuche und biete ihnen auch andere Objekte an. Eine Kündigung habe man als Eigentümer jedoch bisher nicht ausgesprochen.

Im Forellenweg seien konkret 95 Wohneinheiten betroffen. Bisher seien 44 Wohneinheiten geräumt oder vom Mieter gekündigt und in vier Hauseinheiten wohnte jeweils nur noch ein Mieter (Stand 21. Januar 2014).

In der Garsdorfer Straße seien insgesamt 24 Wohneinheiten betroffen. Hier seien 7 Wohneinheiten bereits geräumt und 2 seien gekündigt. 4 Hauseinheiten stünden bereits leer (Stand 21. Januar 2014). In zwei Dorfwerkstätten habe man mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert, wie man den Ort attraktiver gestalten könne, erste Priorisierungen vorgenommen und Pläne durch einen Architekten entwickeln lassen. Demnach sei es vorstellbar, dass Obstwiesen und eine Hundewiese im Bereich der heutigen Garsdorferstraße entstehen könnten. In der WBG-Siedlung hätten ersten Ideen den Wunsch nach einer Parkanlage mit Angelteich und einer Wildwiese gezeigt, um den Übergang ins freie Gelände zu ermöglichen. Hierzu würden die Straßen und Leitungen entfernt. Dies sei jedoch noch kein finaler Stand. Im Rahmen der Dorfwerkstatt wolle man sich vor Ostern nochmals treffen, um die Pläne zu konkretisieren. Man werde aber demnächst mit den ersten Rückbaumaßnahmen beginnen, um dem Vandalismus vorzubeugen. Der Rückbau werde vollständig von RWE Power getragen.

Zusammenfassung der Diskussion

Aus dem Forum wird Kritik am Vorgehen laut. Viele Anwohner der Siedlungen seien Familien mit kleinen Kindern und ältere Menschen, die durch diese Maßnahmen sehr stark betroffen seien. Es sei wichtig, mit diesen Menschen entsprechend rücksichtsvoll umzugehen. Letztlich könne man aber gegen die Maßnahmen nichts machen und man könne nur hoffen, dass der Stadtteil, der stark von der Industrie geprägt sei, an Attraktivität gewinne.

Ein Forumsteilnehmer äußert Kritik an der Informationspolitik. Man sei im Vorfeld nicht informiert worden und habe unvorhergesehen die Einladung zu einer Mieterversammlung erhalten, die anschließend sogar noch geteilt worden sei in Einwohner der WBG-Siedlung und in Einwohner der Siedlung an der Garsdorferstraße. Er habe eine frühzeitigere Information vermisst. Auf der Veranstaltung sei man lediglich über den Prozess informiert worden, ohne die Möglichkeit zu haben, mit einem Verantwortlichen zu sprechen. Man habe deutlich gemerkt, dass man an einer nachbarschaftlichen Beziehung nicht interessiert sei. Er kritisiert, dass die Wohnungsbaugesellschaft über Jahre ihre Pflicht zur Renovierung vernachlässigt habe. Zudem könne er von einem Fall berichten, in dem eine Person die Umzugskosten zunächst selbst tragen musste und die Überweisung des Geldes über eine Woche gedauert habe, was zu zwischenzeitlichen finanziellen Problem geführt habe. Außerdem stelle man sich die Frage, ob die Wohnungsbaugesellschaft überhaupt genug Wohnungen habe, um die Menschen aufzunehmen. Er ziehe für sich das Fazit, dass die Bewohner von der GSG sehr enttäuscht seien. Auenheim werde unter der Abwanderung und dem Baulärm leiden. Ob wirklich alle Häuser ohne Kündigungen geräumt werden, wage er zu bezweifeln, da einige Bewohner sicherlich Widerstand leisten würden.

Aus dem Forum kommt der Vorschlag, falls ein Angelteich in Auenheim angelegt werden sollte, den Kontakt mit dem Angelverein in Niederaußem aufzunehmen, da diese ein Gelände suchten und ggf. den Angelteich betreiben könnten.

TOP 3.5.2 Berichte über Braunkohlestromproduktion in 2013

Aufgrund der aktuellen Medienberichte, wonach die Erzeugung von Braunkohlestrom in Deutschland im Jahr 2013 auf einen langjährigen Rekordwert gestiegen sei, möchte das Forum wissen, wie hoch die Stromerzeugung am Standort Niederaußem im Jahr 2013 gewesen sei, wie sich die Stromerzeugung in der gesamten Region Rheinisches Revier entwickelt habe, und wie sich dies auf die wirtschaftliche Situation von RWE ausgewirkt habe.

Herr Bechthold stellt zunächst die Erzeugungsdaten für das Kraftwerk Niederaußem dar (**Anlage 09**). Demnach sei die Stromerzeugung um 7,2% von 23,6 Mrd. kWh auf 25,3 Mrd. kWh aufgrund höherer Verfügbarkeit gestiegen. Daraus resultierte die Erhöhung des absoluten Kohleverbrauchs und der absoluten CO₂-Emissionen. Die Stilllegung der beiden 150 MW-Blöcke zeige sich im Rückgang der spezifischen CO₂-Emissionen, die angeben, wie viel Kohlendioxid pro Kilowattstunde (kWh) freigesetzt werden.

Im gesamten Rheinischen Revier sei die Stromerzeugung gleich geblieben. Dies läge trotz der verminderten Kapazitäten an der höheren Verfügbarkeit. Allerdings habe man aufgrund der effizienten Energieerzeugungstechnologie (hohe Wirkungsgrade der Neuanlagen BoA 2&3 gegenüber den stillgelegten 150 MW-Blöcken) bei konstanter Stromerzeugung insgesamt weniger Kohle eingesetzt und damit auch rund 5% weniger CO₂-Emissionen ausgestoßen. Dies zeige, dass man mit der Modernisierung des Kraftwerksparks auf dem richtigen Weg sei.

In der gesamten Bundesrepublik Deutschland sei die Stromerzeugung aus Braunkohle 2013 insgesamt um 1% gestiegen. Die CO₂-Emissionen aus Braunkohleverstromung und der Kohleverbrauch seien jedoch um rund 2% gesunken, d.h. auch bundesweit ist eine Effizienzsteigerung der Braunkohlenverstromung belegbar. Braunkohle habe einen erhöhten Anteil, da die Erzeugung aus erneuerbaren Energien trotz deutlichem Zubau der Erzeugungskapazitäten nur um 2,5% zugelegt hätte, da es ein wind- und sonnenarmes Jahr gewesen sei.

Aufgrund des seit Jahren rückläufigen Strompreises habe sich die wirtschaftliche Entwicklung von RWE weiter verschlechtert. Auf Basis der durchschnittlichen Börsenstrompreise 2011 bis 2013 lässt sich allein für die Braunkohlestromerzeugung von RWE (rund 70 TWh/a) ein Erlösrückgang von circa 900 Mio. Euro abschätzen.

Da den erneuerbaren Energien ein fester Vergütungssatz zugewiesen wird, der auf den Strompreis aufgeschlagen wird, profitiere der Stromkunde in der Regel nicht vom Preisverfall.

TOP 3.5.3 EEG-Umlage

Aus dem Forum wird die Frage gestellt, warum RWE keine EEG-Umlage zahlen müsse. Zunächst stellt Herr Kerlen zwei Tatbestände bei der Freistellung von der EEG-Umlage dar. Die erste Ausnahmeregelung betreffe energieintensive Unternehmen. Der Steinkohlebergbau und der Braunkohletage-

bau fielen unter diese Rubrik und seien daher von der EEG-Umlage befreit. Allerdings falle der Braunkohletagebau von RWE Power nicht darunter.

Der RWE-Tagebau falle unter den zweiten Tatbestand. Demnach werde man von der EEG-Umlage befreit, wenn man den Strom selbst herstelle. Da RWE in den Tagebauen selbst erzeugten Strom nutze, sei man von der Umlage befreit. Die Rechtmäßigkeit dieses Verfahrens habe die EU anders als den ersten Tatbestand im Rahmen des Beihilfeverfahrens nicht angezweifelt.

Aus dem Forum wird ergänzt, dass im Rhein-Erft-Kreis insgesamt sieben Unternehmen von der EEG-Umlage befreit seien.

TOP 4 Tagebaue im rheinischen Revier: Ablauf von Genehmigungsverfahren und Öffentlichkeitsbeteiligung

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit beschließt das Nachbarschaftsforum den TOP 4 auf die kommende Sitzung zu vertagen. Herr Dr. Harald Marx erklärt sich bereit, in der kommenden Sitzung zum Thema zu referieren.

TOP 5 Weiteres Vorgehen

Als Termin für die 19. Sitzung des Nachbarschaftsforums Niederaußem wird

Dienstag, der 23. September 2014 von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr

vereinbart. Der Ort wird das Informationszentrum am Innovationszentrum Kohle, Werkstraße, 50129 Bergheim sein.

In der Sitzung wird das Thema *Tagebaue im rheinischen Revier: Ablauf von Genehmigungsverfahren und Öffentlichkeitsbeteiligung* behandelt. Hierfür wird Herr Dr. Harald Marx nochmals als Referent ins Nachbarschaftsforum kommen.

Die Forumsmitglieder stimmen gemeinsam die Presseinformation ab, die dem Protokoll als **Anlage 10** angefügt ist.

Zusammenfassung der Arbeitsaufträge

Was?	Wer?	Bis wann?
Aktualisierung Glossar	IFOK	Fortlaufend
Regelmäßige Informationen über weiteren Verlauf der Offenlage und Genehmigungsverfahren an Forumsteilnehmer	IFOK/RWE	Bis zur kommenden Sitzung
Belastungen (Verkehr) und Flächennutzung während der Bau-phase		Zu einer kommenden Sitzung
Rolle der Biomasse (z.B. für die Landwirtschaft)	RWE Power AG/ externer Referent	Zu einer kommenden Sitzung
Deutschland als Stromimporteur/-exporteur	RWE Power AG/ externer Referent	Zu einer kommenden Sitzung
Herkunft der Kohle	RWE Power AG/ externer Referent	Zu einer kommenden Sitzung